

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung. Die Gemeinderatsmitglieder Herr Ebert und Herr Post stoßen verspätet zur Sitzung dazu. Herr Ebert ab TOP 4 um 20:02 Uhr und Herr Post ab TOP 6 um 20:41 Uhr

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

101 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

Genehmigung der Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen

102 22 Beschluss: 22 : 0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 09.10.2014, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird mit Ausnahme des Tagesordnungspunktes 3 der öffentlichen Sitzung genehmigt.

Der Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung vom 09.10.2014 wird dem Gemeinderat zur nochmaligen Behandlung und Beschlussfassung vorgelegt. Die nochmalige Behandlung und Beschlussfassung ist aufgrund formaler Vorgaben erforderlich.

Antrag der SPD-Fraktion zur Aufstellung von amtlichen Gemeindetafeln lt. § 33 Abs. 3 Geschäftsordnung

Mit Schreiben vom 14.10.2014 hat die SPD-Fraktion folgenden Antrag an den Gemeinderat eingereicht:

„Antrag zur Aufstellung von amtlichen Gemeindetafeln lt. § 33 Absatz 3 der Geschäftsordnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Zusätzlich zu den örtlichen Bekanntmachungstafel soll noch eine amtliche Gemeindetafel an der Bushaltestelle Straßäckerallee vor dem Kinderhaus aufgestellt werden. Ersatzweise könnte diese Tafel im Bereich des Zuganges zum Kinderhaus Straßäckerallee vorm. Kinderkrippe 3 an der Straßäckerallee aufgestellt werden.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Begründung:

Der Zebrastreifen zum Kinderhaus Straßäckerallee vorm. Kinderkrippe 3 und zum Kinderhaus bzw. die Bushaltestelle werden sehr stark frequentiert und da sich in diesem Teil von Unterföhring-Süd noch keine amtl. Gemeindetafel befindet, ist das der geeignete Platz.“

103 22 Beschluss: 22 : 0

Zusätzlich zu den örtlichen Bekanntmachungstafeln soll noch eine amtliche Gemeindetafel an der Bushaltestelle Straßäckerallee vor dem Kinderhaus aufgestellt werden. Ersatzweise könnte diese Tafel im Bereich des Zuganges zum Kinderhaus Straßäckerallee vorm. Kinderkrippe 3 an der Straßäckerallee aufgestellt werden.

Az.: 0260

1, 3, 0, 2

Antrag der CSU-Fraktion zur Errichtung eines Studentenwohnheimes auf dem westlichen gemeindeeigenen Grundstück an der Gaußstraße

Der Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion vom 29.10.2014 zur Errichtung eines Studentenwohnheimes auf dem westlichen gemeindeeigenen Grundstück in der Gaußstraße bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründung:

Im Sozialausschuss sowie im Gemeinderat vom 18.09.2014 wurde die Notwendigkeit zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studenten, Auszubildende und alleinstehende, junge Bürger mit geringem Einkommen für den Großraum München, aber auch für Unterföhring vielfach diskutiert. Auch die Gemeinde Unterföhring kann hier einen entscheidenden Beitrag leisten und unsere Jugend in der Ausbildung bzw. im Studium unterstützen. Der Standort an der Gaußstraße ist durch die von der Gemeinde neu geschaffene Bushaltestelle sowie die Nähe zur S-Bahn Johanneskirchen hierfür bestens geeignet.

104 23 Beschluss: 14:9

Auf dem westlichen gemeindeeigenen Grundstück in der Gaußstraße ist zu prüfen, ob ein Studentenwohnheim analog der bestehenden Einrichtung in der Apianstraße errichtet werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Grundlagenermittlung zu erstellen und die Machbarkeit für die Errichtung eines gemeindeeigenen Studentenwohnheims auf diesem Grundstück zu prüfen. Das Ergebnis ist dem Gemeinderat zeitnah vorzulegen.

Az.: 610

3.1;3.4; 2

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der CSU-Fraktion zur Aktualisierung des Flächennutzungsplan

Der Bürgermeister gibt den Antrag der CSU-Fraktion vom 29.10.2014 zur Aktualisierung des Flächennutzungsplanes bekannt. Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Begründung:

Es gibt einen gültigen Gemeinderatsbeschluss zur Errichtung eines Sportzentrums auf der Fläche östlich des Etzweges und nördlich des Unteren Aschheimer Weges. Aus diesem Grund hat eine Umwidmung dieser Fläche in „Sportliche Einrichtung“ zu erfolgen. Zudem ist der Flächennutzungsplan dem IST-Bestand der vorhandenen sportlichen Anlagen anzupassen.

105 23 Beschluss: 5 : 18

Die Fläche östlich des Etzweges und nördlich des Unteren Aschheimer Weges soll laut gültigem Gemeinderatsbeschluss in die Gemeinbedarfsfläche „Sportliche Einrichtung“ umgewidmet werden.

Az.: 610

3.1

Aktualisierung des Flächennutzungsplanes Unterföhring: Sachstand und Vorstellung der geplanten Änderungen sowie weitere Vorgehensweise

Der Bürgermeister erinnert an den Gemeinderatsbeschluss vom 10.10.2013, Nr. 1039, in der die Aktualisierung des Flächennutzungsplans (Aufstellungsbeschluss) beschlossen wurde. Weiter bringt der Vorsitzende den Gemeinderatsbeschluss vom 10.10.2013, Nr. 1037, zur Kenntnis, in dem zwischen der S-Bahnlinie und der Diesel- bzw. Beta-Straße auf einem Teil dieser Flächen die Realisierung eines Sportparks für Unterföhringer Vereine (insbesondere Fußballplätze usw.) planerisch zu überprüfen sind. Weiter bringt er die Präsentation und Erläuterung durch den Planungsverband in der Gemeinderats-sitzung am 24.07.2014 zur Kenntnis. In dieser Sitzung wurde durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, Frau Bauer, die aktuelle Planung vorgestellt. Ebenso erläuterte Frau Waubke den Landschaftsplan aus dem Jahr 1993 und die landschaftsplanerischen Gedanken für den neuen Flächennutzungsplan (Entfall von Waldflächen, ökologische Ausgleichsflächen 1. und 2. Priorität etc.). Die Fragen aus dem Gremium wurden ausführlich beantwortet.

Auf Grund dieser Erläuterungen wurde der Entwurf des Flächennutzungsplanes angepasst.

In der Vorunterrichtung am 10.11.2014 wurde durch den Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München, Frau Bauer und Frau Waubke, die aktuelle Entwurfsplanung (Stand September 2014) des Flächennutzungsplanes vorgestellt. Der Entwurf vom September 2014 des Flächennutzungsplanes wurde den Fraktionsvorsitzenden in Papierform

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

sowie in digitaler Form (E-Mail am 05.11.2014) zugestellt. Ebenso wurde die PowerPoint Präsentation des PV vom 10.11.2014 (per E-Mail 12.11.2014) dem Gremium übermittelt.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium weiter mit, dass Hinweise und Anregungen zur Planung bei der Verwaltung während der Sommerpause eingereicht wurden (24.09.2014 von der PWU-Fraktion, 26.09.2014 von der SPD-Fraktion und 29.10.2014 von der CSU-Fraktion). Die jeweiligen Schreiben der Fraktionen wurden dem Gremium zugestellt.

Mit Schreiben vom 12.11.2014, bittet die PWU-Fraktion, dass auf Grund des nun vorliegenden Entwurfes des Flächennutzungsplanes und der Erläuterungen durch Frau Bauer und Frau Waubke (Planungsverband) in der Gemeinderatsvorinformation am 10.11.2014, für die Errichtung eines Sportparks südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges (insgesamt Fläche ca. 120.000m²), die vom PV vorgeschlagene Fläche vorsorglich/zunächst auf mindestens die Hälfte dieser Grundstücksfläche zu erweitern.

Der konkrete Flächenbedarf für den künftigen Sportpark südlich der Mitterfeldallee kann auch erst im Rahmen eines dann erforderlichen Bebauungsplanes ermittelt werden. Damit soll der künftige Standort für den Sportpark abschließend festgelegt werden. Dadurch werden alle weiteren Überlegungen, eine Fläche östlich des Etzweges für den Sportpark zu erarbeiten, überflüssig und die bisherigen Beschlüsse sind hierzu aufzuheben.

Der Vorsitzende schlägt vor, den vorgelegten Planstand des Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV), Entwurf September 2014, mit folgenden Maßgaben zuzustimmen und zu billigen:

- 1) Für die Errichtung eines Sportparks ist südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges mindestens die Hälfte der zugrundeliegenden Grundstücksfläche mit rund 60.000m² als „Sportliche Einrichtung“ festzusetzen. Alle weiteren Überlegungen zur Errichtung des Sportparks am Etzweg werden nicht mehr weiterverfolgt und die bisherigen Beschlüsse hierzu aufgehoben. Insbesondere die Gemeinderatsbeschlüsse vom 11.12.2008, Nr. 149, vom 10.01.2013, Nr. G871, und vom 12.09.2013 Nr.G963.
- 2) Auf den gemeindeeigenen Grundstücken ist eine eigene Photovoltaik-anlage zu errichten“ Fl. Nrn. 584,585,588 SO „Photovoltaikanlage“ oder Ausgleichsflächen Priorität 2 festzusetzen
- 3) Prüfung, ob auf der gemeindeeigenen Fläche westlich der Gaußstraße ein Studentenwohnheim vergleichbar mit Apianstraße errichtet werden kann. Fläche ist derzeit im FNP als Gewerbefläche dargestellt.
- 4) Redaktionelle Ergänzung vom Planzeichen „Geburtenbäume“ östlich des Etzweges mit aufnehmen.
- 5) Die Fläche an der Schulstraße MIB/Hort (Engelhardthaus) ist in Gemeinbedarfsfläche "Kinderbetreuung" zu ergänzen.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nach umfangreicher Diskussion im Gremium werden einzelne Anträge der Fraktionen auf getrennte Abstimmung zu den aufgeführten Punkten beantragt.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, über den Unterpunkt Nr. 2) des Vorberichts (Errichtung einer PV-Anlage oder Ausgleichsflächen Priorität 2) getrennt abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

106 24 Beschluss: 24:0

Über den Unterpunkt 2) des Vorberichts ist getrennt abzustimmen.

Nachdem dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt wurde, lässt der Vorsitzende über den Unterpunkt 2 nunmehr getrennt abstimmen.

107 24 Beschluss: 15:9

Auf den gemeindeeigenen Grundstücken FI-Nrn. 584,585 und 588 sind Ausgleichsflächen der Priorität 2 festzusetzen.

Es wird seitens des Gremiums darauf hingewiesen, dass durch diesen Beschluss, auf den Grundstücken FI-Nrn 584, 585 und 588 Ausgleichsflächen der Priorität 2 festzusetzen, die mit Beschluss vom 16.01.2014 (Nr. 1096) getroffene Festlegung, diese Flächen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen vorzusehen, eine Aufhebung der bisherigen Festlegung erforderlich wird. Der Beschluss vom 16.01.2014 (Nr. 1096) wäre folglich aufzuheben.

108 24 Beschluss: 15:9

Der Gemeinderatsbeschluss vom 16.01.2014, Nr. 1096, (Antrag der SPD-Fraktion zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem gemeindeeigenen Grundstück nördlich der Autobahn A99 und westlich des Mittleren-Isar-Kanals) wird aufgehoben.

Die CSU-Fraktion stellt den Antrag, über den Unterpunkt Nr. 1 (Errichtung eines Sportparks ist südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges) getrennt abstimmen zu lassen.

Weiter bringt Herr Gemeinderat Axenbeck vor, dass hier keine Einschränkung bzgl. der Grundstücksgröße vorgenommen werden sollte und die vollständige Fläche für den geplanten Sportpark als solche im FNP festgesetzt werden soll, wenn dieser Standort eine Mehrheit finden sollte.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der CSU-Fraktion abstimmen.

109 24 Beschluss: 24:0

Über den Unterpunkt 1 des Vorberichtes (Errichtung eines Sportparks ist südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges) ist getrennt abzustimmen.

Nachdem dem Antrag der CSU-Fraktion zugestimmt wurde, lässt der Vorsitzende über den Unterpunkt 1 des Vorberichtes nunmehr getrennt abstimmen.

110 24 Beschluss: 17:7

Die Errichtung eines Sportparks ist auf der gesamten Fläche südlich der Mitterfeldallee, westlich der Dieselstraße und nördlich des Bahnweges als „Sportliche Einrichtung“ festzusetzen. Alle weiteren Überlegungen zur Errichtung des Sportparks am Etzweg werden nicht mehr weiterverfolgt und die bisherigen Beschlüsse hierzu aufgehoben. Insbesondere die Gemeinderats-beschlüsse vom 11.12.2008, Nr. 149, vom 10.01.2013, Nr. G871, und vom 12.09.2013 Nr.G963.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, über Unterpunkt 3 (Prüfung, ob auf der gemeindeeigenen Fläche westlich der Gaußstraße ein Studentenwohnheim vergleichbar mit Apianstraße errichtet werden kann) des Vorberichtes getrennt abstimmen zu lassen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

111 24 Beschluss: 24:0

Über den Unterpunkt 3 (Prüfung, ob auf der gemeindeeigenen Fläche westlich der Gaußstraße ein Studentenwohnheim vergleichbar mit Apianstraße errichtet werden kann), des Vorberichts ist getrennt abzustimmen.

Nachdem dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt wurde, lässt der Vorsitzende über den Unterpunkt 3 nunmehr getrennt abstimmen.

112 24 Beschluss: 14:10

Es ist zu prüfen, ob auf der gemeindeeigenen Fläche westlich der Gaußstraße ein Studentenwohnheim vergleichbar mit dem Studentenwohnheim Apianstraße errichtet werden kann. Die Fläche ist derzeit im FNP als Gewerbefläche dargestellt.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anträge zur Abstimmung der noch offenen Punkte 4) und 5) aus dem Gremium vorliegen, lässt der Vorsitzende nun über die Punkte 4) und 5) des Vorberichts (redaktionelle Ergänzungen) abstimmen.

113 24 Beschluss: 24:0

Die redaktionelle Ergänzung vom Planzeichen „Geburtenbäume“ östlich des Etzweges ist mit aufnehmen.

Die Fläche an der Schulstraße MIB/Hort (Engelhardthaus) ist in Gemeinbedarfsfläche "Kinderbetreuung" zu ergänzen.

Die weiteren Verfahrensschritte sind vorzubereiten und durchzuführen.

Az.: 6010

3.1; 3.2; 3.3; 3.4; 1; 2

Rahmenplanung Unterföhringer Ortsmitte (UFO), ehemaliges BAHOG-Gelände; Vorbereitungen für die geplante Öffentlichkeitsinformation

Der Bürgermeister erinnert an den Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses am 17.12.2013, Nrn. 444-445, in dem Entwurf der Rahmenplanung für die Fläche südlich der Bahnhofstraße, östlich der Föhringer Allee, westlich der S-Bahn und nördlich des Firkenweges (u.a. ehemals BAHOG-Gelände), Stand 12.12.2013, mit Anregungen und Hinweisen zugestimmt wurde. In den Entwurf der Rahmenplanung, Stand 12.12.2013, ist, wie bisher vorgesehen, auch eine Nahversorgung von 900 m² Verkaufsfläche mit aufzunehmen. Weiter erinnert der Bürgermeister an den Beschluss des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1020, in dem SDP-Antrag zugestimmt wurde, den Flächenbedarf für die Nahversorgung zu Gunsten der Freiflächengestaltung auf maximal 900 m² Verkaufsfläche und die gesamten Gewerbeeinheiten auf maximal 1.200 m² Verkaufsfläche zu begrenzen. Weiter bringt der Vorsitzende den Gemeinderatsbeschluss vom 13.02.2014, Nr. 1113, zur Kenntnis in dem die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen wurde.

Der Vorsitzende bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 08.11.2012, Nr. 864, in Erinnerung, in dem u.a. der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München e.V., mit der weiteren Vorbereitung (u.a. künftiges Raumprogramm, Auslobung für den Wettbewerb, Kostenschätzung) beauftragt wurde.

Das Handout des „PV - Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München“, Stand 05.11.2014, in dem die bisherigen Anregungen der ersten Bürgerbeteiligung vom 03.04.2014 eingearbeitet wurden, wird bekannt gegeben.

Das Handout wurde den Mitgliedern des Gremiums per E-Mail am 06.11.2014 zugesandt.

In der Gemeinderatsvorunterrichtung am 10.11.2014 erläuterte Frau Bauer vom PV den aktuellen Stand. Frau Bauer erklärte die bisher eingegangenen

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anregungen und Hinweise und beantwortete die auftretenden Fragen des Gremiums. Der Vorsitzende bringt das Schreiben der SPD-Fraktion vom 12.11.2014 zur Kenntnis, in dem Anregungen zum Auslobungstext zur Rahmenplanung "UFO" eingebracht werden.

114 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, eine weitere abschließende Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Diese wird im Januar 2015 im Rathaus Unterföhring durchgeführt.

In dieser öffentlichen Informationsveranstaltung werden die derzeitigen Planungen und Datenmaterialien und bisher eingegangenen Anregungen und Hinweise der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Öffentlichkeit wird dabei nochmals die Gelegenheit gegeben, ergänzende Anregungen und Hinweise zu äußern, die dann kurzfristig vom PV in die Unterlagen eingearbeitet und dem Gemeinderat zur Behandlung, spätestens im Februar 2015, vorgelegt werden muss.

Der Gemeinderat hält zwingend daran fest, dass eine kurzfristige Realisierung des VHS-Gebäudes im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen begrenzt offenen Ideen- und Realisierungswettbewerbes im kooperativen Verfahren nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) in der derzeit gültigen Fassung umgesetzt wird. Dabei wird der Empfehlung des Planungsverbands Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) gefolgt, dass der Wettbewerb für die städtebauliche Neuordnung der Unterföhringer Ortsmitte (UFO) und die Errichtung einer Volkshochschule Unterföhring ein abgestimmtes Ergebnis zwischen Städtebau und Hochbau für die Gemeinde Unterföhring bringen wird.

Weiter wird der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München (PV) beauftragt, alle notwendigen Schritte und Maßnahmen zeitnah vorzubereiten, die zur Durchführung des Wettbewerbes (Auslobungstext, Jurybesetzung etc.) erforderlich sind. Dem Gemeinderat ist eine Terminalschiene sowie ein Ablaufplan mit allen Eckpunkten bis zur Dezembersitzung 2014 vorzulegen.

Az.: 6010
3.1; 3.4

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Verkehrsrechtliche Angelegenheiten:

- a) Überlegungen zur Einführung einer Tempo-Zone 30 für den Bereich zwischen der Neubruchstraße und der Mitterfeldallee (Private Straßenfläche) und für die Neubruchstraße
- b) Verlegung des Fußgängerüberwegs an der Dieselstraße in nördlicher Richtung
- c) Errichtung eines Fußgängerüberweges an der Hofäckerallee, nahe Straßäckerallee

(Empfehlungsbeschlüsse aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)

- a) Überlegungen zur Einführung einer Tempo-Zone 30 für den Bereich zwischen der Neubruchstraße und der Mitterfeldallee (Private Straßenfläche) und für die Neubruchstraße

(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)

Bei der Verkehrsschau am 16.10.2014 wurde die verkehrsrechtliche Situation in der Neubruchstraße sowie der Verbindungsstraße zur Mitterfeldallee („Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogen“) begutachtet. Das Protokoll der Verkehrsschau wurde dem Gremium zugestellt.

Derzeit sind in diesen Bereichen Geschwindigkeitsbeschränkungen auf 30 km/h angeordnet (Einzelanordnungen).

Auf Grund der zusammenliegenden Straßenzüge (Zonenbildung) würde sich eine Umgestaltung in eine Zone Tempo-30 anbieten. Dies führt zusätzlich zum forcierten Abbau von Verkehrszeichen (Aktion „Licht in den Schilderwald“). Ggf. kann innerhalb der angedachten Zone mit Piktogrammen die Geschwindigkeitsregelung wiederholt bzw. auf Vorfahrtsregelungen ergänzend hingewiesen werden.

Bei der Verbindungsstraße zur Mitterfeldallee („Wilhelm-Kemmelmeyer-Bogen“) handelt es sich um eine Privatstraße, die faktisch für den öffentlichen Verkehr freigegeben ist. Die Nutzung und Befahrung wird durch den Eigentümer geduldet. Demzufolge findet die Anordnungsbefugnis durch die zuständige Straßenverkehrsbehörde Anwendung.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau haben sich grundsätzlich für die Ausweisung einer Zone 30 ausgesprochen.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit den Überlegungen in seiner Sitzung am 05.11.2014 befasst und empfiehlt dem Gemeinderat, für die Neubruchstraße sowie den Bereich zwischen der Neubruchstraße und der Mitterfeldallee (Private Straßenfläche) eine Tempo-Zone 30 anzuordnen. Die entsprechenden Verkehrszeichen sind an den Einmündungen der Zone gut sichtbar aufzubauen. Etwaige frühere (Einzel-) Anordnungen in diesem Zusammenhang werden aufgehoben. Die Beschilderung ist abzubauen.

Die Piktogramme auf dem Straßenbelag als ergänzender Geschwindigkeitshinweis werden entsprechend realisiert.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

115 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses und ordnet für die Neubruchstraße sowie den Bereich zwischen der Neubruchstraße und der Mitterfeldallee (Private Straßenfläche) eine Tempo-Zone 30 an. Die entsprechenden Verkehrszeichen sind an den Einmündungen der Zone gut sichtbar aufzubauen. Etwaige frühere (Einzel-) Anordnungen in diesem Zusammenhang werden aufgehoben und die dazugehörigen Beschilderungen sind abzubauen.
Die Piktogramme auf dem Straßenbelag als ergänzender Geschwindigkeitshinweis werden entsprechend realisiert.

Az.: 1402
1, 3

b) Verlegung des Fußgängerüberweges an der Dieselstraße in nördlicher Richtung

(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)

Bei der Verkehrsschau am 16.10.2014 wurde die verkehrsrechtliche Situation im Bereich des Fußgängerüberweges an der Dieselstraße (Höhe Hs.Nr. 8 – Fa. Allianz) begutachtet.

Die Fa. Allianz hat um Prüfung einer Verlegung des Fußgängerüberweges gebeten. Hintergrund ist hierbei, dass aussteigende Fahrgäste der Buslinie 233 durch die Nutzung des Fußgängerüberweges die -ohnehin schon angespannte- Verkehrslage (gerade in den Morgenstunden) verschärfen. Eine Verbesserung der Situation wäre nach Vorschlag der Fa. Allianz zu realisieren, wenn der Fußgängerüberweg ca. 20 m nördlich verlegt werden würde. Hierbei wäre die Möglichkeit geschaffen, zumindest eine der beiden Zufahrten zur Fa. Allianz nutzen zu können, ohne dass kreuzender Fußgängerverkehr den (Straßen-) Verkehr in stocken bringt.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau haben sich grundsätzlich für eine Verlegung des Fußgängerüberweges ausgesprochen.
Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit den Überlegungen in seiner Sitzung am 05.11.2014 befasst und empfiehlt dem Gemeinderat, den Fußgängerüberweg an der Dieselstraße (Höhe Hs.Nr. 8 – Fa. Allianz) ca. 20 m nach Norden zu verlegen. Die erforderlichen baulichen Änderungen sind umzusetzen.

116 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses und beauftragt die Verwaltung, den Fußgängerüberweg an der Dieselstraße (Höhe Hs.Nr. 8 – Fa. Allianz) ca. 20

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

m nach Norden zu verlegen. Die erforderlichen baulichen Änderungen sind umzusetzen.

Az.: 1402
1, 3

c) Errichtung eines Fußgängerüberweges an der Hofäckerallee, nahe Straßäckerallee

(Empfehlungsbeschluss aus dem Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss)

Die PWU-Fraktion hat mit Schreiben (Email) vom 17.02.2014 die Bitte an die Verwaltung herangetragen, bei der Verkehrsschau am 16.10.2014 die verkehrsrechtliche Situation zur Schaffung eines Fußgängerüberweges im westlichen Bereich der Hofäckerallee zu begutachtet.

Durch erhöhtes Verkehrsaufkommen zu den Stoßzeiten sowie durch gesteigerten Fußgängerverkehr (insbesondere als Schulweg bzw. Weg von/zu den Kindertageseinrichtungen in der Straßäckerallee) ergibt sich eine starke Frequentierung an dieser Örtlichkeit.

Vor Ort diskutierten die Teilnehmer der Verkehrsschau über eine mögliche Umsetzung eines Fußgängerüberweges an dieser Örtlichkeit.

Die Teilnehmer der Verkehrsschau haben sich für eine Realisierung eines Fußgängerweges ausgesprochen. Hierbei sind die bestehenden örtlichen Gegebenheiten (baulich) anzupassen. Weiter wird die Errichtung einer fahrbahnüberhängenden Beleuchtung und Beschilderung („Peitsche“) befürwortet.

Der Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschuss hat sich mit den Überlegungen in seiner Sitzung am 05.11.2014 befasst und empfiehlt dem Gemeinderat, an der (westlichen) Hofäckerallee vor der Einmündung zur Straßäckerallee einen Fußgängerüberweg zu errichten. Die bestehenden örtlichen Gegebenheiten sind bei der Realisierung (baulich) anzupassen. Die Errichtung einer fahrbahnüberhängenden Beleuchtung und Beschilderung („Peitsche“) ist umzusetzen.

117 24 Beschluss: 23 : 1

Der Gemeinderat folgt der Empfehlung des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses und beauftragt die Verwaltung, an der (westlichen) Hofäckerallee vor der Einmündung zur Straßäckerallee einen Fußgängerüberweg zu errichten. Die bestehenden örtlichen Gegebenheiten sind bei der Realisierung (baulich) anzupassen. Die Errichtung einer fahrbahnüberhängenden Beleuchtung und Beschilderung („Peitsche“) ist umzusetzen.

Az.: 1402
1, 3

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag der CSU-Fraktion zum Einbau von vorgeständerten Balkonen an der gemeindeeigenen Wohnanlage an der Sudetenstraße; Sachstandsbericht und weitere Vorgehensweise

Der Bürgermeister erinnert an den Antrag der CSU-Fraktion Unterföhring auf Prüfung der technischen und finanziellen Machbarkeit zur Anbringung von vorgeständerten Balkonen an den Gebäuden der Wohnanlage Sudetenstraße vom 08.07.2013 und bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 12.03.2014, Nr. 1123 in Erinnerung.

Die Gebäude der Wohnanlage Sudetenstraße werden durch die Baugesellschaft München-Land GmbH verwaltet. Der technische Leiter der Baugesellschaft München Land, Herr Wagnmüller hat zunächst per Email am 22.08.2013 den bisherigen historischen Werdegang zur Erneuerung, Modernisierung bzw. Nachverdichtung der Wohnanlage Sudetenstraße zusammengestellt.

In der Gemeinderatssitzung vom 12.03.2014 wurde dieser historische Werdegang im Gremium bekannt gegeben. Die Baugesellschaft München Land wurde über die Beschlusslage des Gemeinderates vom 12.03.2014 in Kenntnis gesetzt. Mit Schreiben vom 26.03.2014 (Email vom 26.03.2014) hat die Baugesellschaft München Land darauf hingewiesen, dass die technische Hausverwaltung der Baugesellschaft München Land derzeit mit anderen Projekten beschäftigt ist und eine Kostenermittlung für die Sudetenstraße einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Sobald der Baugesellschaft München Land ein entsprechendes Ergebnis vorliegt, wird diese unaufgefordert an die Gemeinde Unterföhring herantreten.

Aufgrund der Chronologie und des Antrages der CSU-Fraktion - Anbau von vorgestellten Balkonen an die modernisierten Gebäude der CSU-Fraktion vom 08.07.13 – wurde seitens der Verwaltung versucht, gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Baugesellschaft München Land, Herrn Bittner, und dem zuständigen Technischen Leiter der Baugesellschaft München Land, Herrn Wagnmüller, einen Gesprächstermin zu koordinieren. Beide Vertreter, Herr Bittner und Herr Wagnmüller, wurden nun am 07.11.2014 in einem gemeinsamen Gespräch mit dem Ersten Bürgermeister die Machbarkeit im Zusammenhang mit der Wirtschaftlichkeit erläutert. Herr Bittner hat hierzu in der Fraktionsvorunterrichtung am 10.11.2014 im Gremium den Sachverhalt ausführlich dargestellt.

Nach ausführlicher Diskussion im Gremium stellt Frau Gemeinderätin Rader den Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Beratung. Vor Antragstellung zur Geschäftsordnung zu diesem Tagesordnungspunkt war auf der Rednerliste noch eine Wortmeldung des Gemeinderatsmitglieds Prieler vorgelegen. Der Vorsitzende fragt das Gremium ob gegen diesen Antrag etwas spricht. Aus der Mitte des Gemeinderates wurde kein Einwand zur Beendigung der Beratung vorgebracht. Herr Gemeinderat Prieler hat abschließend seinen Wortbeitrag in die Sitzung eingebracht.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr. Anwe-
 send

Vortrag - Beschluss

118 24 Beschluss: 5 : 19

Die Wohnanlage „Sudetenstraße“ soll mit vorgeständerten Balkonen ausgestattet werden. Die von der Baugesellschaft München Land ermittelten Kosten in Höhe von rund 400.000€ brutto für diese Maßnahme sind in den Haushalt 2015 mit aufzunehmen.

Bezugnehmend auf den Antrag der CSU-Fraktion vom 08.07.2013 und der Erläuterung durch Herrn Bittner BML, wird von weiteren größeren Investitionsmaßnahmen (z.B. Errichtung von zusätzlichen Balkonen) Abstand genommen.

119 24 Beschluss: 20 : 4

Der Gemeinderat spricht sich für eine verträgliche Nachverdichtung des Grundstücks an der Sudetenstraße aus. Hierzu ist mit der Baugesellschaft München Land Kontakt aufzunehmen um die Planungen für eine entsprechende Maßnahme einzuleiten. Der amtierende Bürgermeister wird für die weiteren Schritte (z.B. Antrag auf Überplanung des Grundstücks an die Baugesellschaft München Land, Gespräche mit der Baugesellschaft München Land mit dem Ziel einer Umsetzung der Maßnahme aufzunehmen. Hierbei sind Varianten für dieses Grundstück auszuarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Az.: 610/3

3.4; 2

Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften der Kinderbetreuung; Zahlung einer sogenannten Arbeitsmarktzulage

Der Fachkräftemangel im Bereich der Kinderbetreuung besteht bereits seit geraumer Zeit und hat durch den seit 01.08.2013 bestehenden gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr nochmal zugenommen. Gerade in Ballungsräumen sind die Auswirkungen extrem spürbar, da hier der Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern besonders groß ist und über den Arbeitsmarkt nicht ausreichend abgedeckt werden kann.

Aufgrund dieser Entwicklung hat die Landeshauptstadt München beim Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern angefragt, ob eine sogenannte übertarifliche Arbeitsmarktzulage gezahlt werden kann. Mit dieser finanziellen Zusatzleistung soll qualifiziertes Personal gewonnen und gehalten werden.

Der Kommunale Arbeitgeberverband Bayern hat der Landeshauptstadt München mit Schreiben vom 29.07.2014 mitgeteilt, dass aufgrund des

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

bestehenden Fachkräftemangels eine Arbeitsmarktzulage als übertarifliche Leistung gezahlt werden kann und eine entsprechende Ermächtigung für die bayerischen Kommunen erteilt.

Die Landeshauptstadt München hat daraufhin mit Stadtratsbeschluss vom 22.10.2014 beschlossen, eine Arbeitsmarktzulage für Erzieher/innen und pädagogische Fachkräfte -abhängig von der jeweiligen Eingruppierung und Erfahrungsstufe- von 100,00 € bzw. 200,00 € monatlich einzuführen und ab 01.11.2014 zunächst befristet bis zum 31.10.2019 auszuzahlen.

Kinderpfleger/innen (Eingruppierung nach S3 oder S4) erhalten demnach nicht die Arbeitsmarktzulage.

Der Stadtratsbeschluss ist den Mitgliedern des Gemeinderats vorab zugestellt worden.

Der Bayerische Gemeindetag -Kreisverband München- hat diese Entwicklung beobachtet und seinerseits eine Handlungsempfehlung für die Landkreiskommunen erstellt.

Um einen unnötigen Wettbewerb um die ohnehin knappen Fachkräfte mit dann drohenden Schließungen von Gruppen oder Einrichtungen zu vermeiden, empfiehlt der Bayerische Gemeindetag -Kreisverband München- den Städten und Gemeinden im Landkreis München zur Sicherung der Betreuungsangebote und der Qualität in den Einrichtungen in Anlehnung an die Beschlusslage in München folgende Vorgehensweise:

1. Gewährung einer pauschalen Arbeitsmarktzulage für Erzieher/innen in der Höhe von brutto 150,00 € pro Monat.
2. Gewährung einer pauschalen Arbeitsmarktzulage für Kinderpfleger/innen in der Höhe von brutto 100,00 € pro Monat.
3. Der Bayer. Gemeindetag -Kreisverband München- empfiehlt, den Aufwand für diese Sicherung des Betreuungsangebots und der Betreuungsqualität weitgehend auf die bereits erhobenen Gebühren umzulegen.
4. Die freien Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen sollen im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen mit den Kommunen bei der Arbeitsmarktzulage für das Erziehungspersonal gleichgestellt werden.
5. Die Arbeitsmarktzulage wird zeitlich befristet für den Zeitraum vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2020 gewährt. Sie ist grundsätzlich widerruflich. Teilzeitkräfte erhalten die Arbeitsmarktzulage anteilig. Bei tariflichen Änderungen oder Kompensationen ist die Arbeitsmarktzulage zu überprüfen. Die Arbeitsmarktzulage wird Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewährt, die überwiegend mit den Kindern arbeiten.

Die Empfehlung des Bayerischen Gemeindetags -Kreisverband München- ist den Mitgliedern des Gemeinderats vorab zugestellt worden.

Die Verwaltung schlägt vor, der Empfehlung des Bayerischen Gemeindetages -Kreisverband München- zu folgen und eine zeitlich befristete Arbeitsmarktzulage für Fachkräfte der Kinderbetreuung zu finanzieren.

Da die Gemeinde Unterföhring kein eigenes Betreuungspersonal beschäftigt

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wäre mit dem beauftragten Dienstleister AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. eine Vereinbarung entsprechend Nr. 4 der Empfehlung des Bayerischen Gemeindetags -Kreisverband München- zu schließen.

Hinsichtlich der Höhe der freiwilligen Arbeitsmarktzulage schlägt die Verwaltung vor, von der Empfehlung des Bayer. Gemeindetags -Kreisverband München- insoweit abzuweichen, dass

- a) alle pädagogischen Fachkräfte (inklusive Kinderpfleger/innen) von der arbeitsmarktpolitischen Maßnahme profitieren,
- b) für Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen der gleiche Betrag als monatliche Zulage finanziert wird und
- c) die monatliche Arbeitsmarktzulage auf 200,00 € brutto pro Monat festgelegt wird.

Erläuterungen zu den Abweichungsvorschlägen:

- zu a) der Bayerische Gemeindetag -Kreisverband München- empfiehlt, die Arbeitsmarktzulage nur den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu gewähren, die überwiegend mit den Kindern arbeiten. Abgesehen davon, dass sich die Auslegung des Begriffs „überwiegend“ im Einzelfall schwierig erweisen kann, wären alle pädagogischen Fachkräfte und insbesondere die Einrichtungsleitungen, die überwiegend nicht in der täglichen Gruppenarbeit tätig sind, von der Arbeitsmarktzulage ausgeschlossen. Damit könnten im Einzelfall Erzieher/innen ohne Leitungsfunktion im Ergebnis ein vergleichbares Entgelt erhalten wie Erzieher/innen mit Leitungsfunktion. Die Zusatzaufgabe und die damit verbundene Verantwortung würden folglich im Verhältnis nicht anerkannt werden. Zur Erreichung des Ziels, weiterhin eine qualitativ hochwertige Betreuung in den Einrichtungen zu gewährleisten, ist auch eine möglichst gleichbleibend besetzte bzw. eine nicht dauernd wechselnde Einrichtungsleitung wichtig.
- zu b) der Bayerische Gemeindetag -Kreisverband München- empfiehlt, den Kindertagespflegerinnen und Kindertagespflegern einen geringeren Betrag zu zahlen als den Erzieherinnen und Erziehern. Dies ist im Vergleich zur Regelung der Landeshauptstadt München, wo die Kindertagespfleger/innen die Arbeitsmarktzulage nicht erhalten, schon ein wesentlicher und positiver Unterschied. Die Kinderpfleger/innen sind ein wesentlicher Baustein in der Kinderbetreuung und sind gerade in Zeiten des allgemeinen Fachkräftemangels unverzichtbar. Da Kinderpfleger/innen bei der Entlohnung im Vergleich zu Erzieher/innen wesentlich weniger verdienen, erscheint die Zahlung eines geringeren Betrags schwer vermittelbar.
- zu c) der Bayerische Gemeindetag -Kreisverband München- empfiehlt die Zahlung einer Zulage in Höhe von 150,00 € brutto pro Monat. Die Landeshauptstadt München zahlt ab dem 01.11.2014 einen Betrag -abhängig von der jeweiligen Eingruppierung und Erfahrungsstufe- von bis zu 200,00 € brutto pro Monat, auch andere benachbarte Kommunen überlegen bereits, abweichend von der vorliegenden

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Empfehlung diesen erhöhten Betrag für die Arbeitsmarktzulage anzusetzen. Um gerade durch die direkte Nähe und Anbindung an die Landeshauptstadt München keinen Wettbewerbsnachteil zu generieren, sollte die Zulage auf gleicher Betragshöhe angesetzt werden.

Die zu erwartenden Kosten für die Finanzierung einer Arbeitsmarktzulage für Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen betragen pro Jahr

entsprechend der Empfehlung des Bayerischen Gemeindetags
-Kreisverband München- mit
150,00 € brutto pro Monat für Erzieher/innen und
100,00 € brutto pro Monat für Kinderpfleger/innen
gesamt ca. 200.000,00 € pro Jahr

entsprechend des Vorschlags der Verwaltung mit
200,00 € brutto pro Monat für Erzieher/innen und
200,00 € brutto pro Monat für Kinderpfleger/innen
gesamt ca. 340.000,00 € pro Jahr

(Hinweis: Teilzeitkräfte erhalten entsprechend einen anteiligen Betrag)

120 24 Beschluss: 24 : 0

Der Gemeinderat unterstützt die vorgeschlagene Maßnahme zur Gewinnung von pädagogischen Fachkräften im Bereich der Kinderbetreuung und stimmt der Finanzierung einer zeitlich befristeten Arbeitsmarktzulage für Fachkräfte der Kinderbetreuung in stets widerruflicher Weise zu.

Die Gemeinde Unterföhring finanziert ab dem 01.01.2015 befristet bis zum 31.12.2020 die Arbeitsmarktzulage in folgender Form:

Erzieher/innen erhalten monatlich: 200,00 € brutto

Kinderpfleger/innen erhalten monatlich: 200,00 € brutto

Teilzeitkräfte erhalten den jeweiligen Betrag entsprechend ihres Beschäftigungsumfangs anteilig.

Bei tariflichen Änderungen oder Kompensationen ist die Arbeitsmarktzulage zu überprüfen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den beauftragten Dienstleister AWO Bezirksverband Oberbayern e.V. über die Finanzierungszusage zu informieren und die erforderlichen Vereinbarungen zu schließen.

Die erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. ca. 200.000,00 € / ca. 340.000,00 € werden für die Haushaltsjahre 2015 bis 2020 zur Verfügung gestellt und sind entsprechend einzuplanen.

Az.: 811
1, 2, 0

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Antrag des Fördervereins Soziale Dienste Unterföhring e. V. auf Zahlung eines jährlichen Zuschusses

Mit Schreiben vom 17.10.2014 bittet der Förderverein Soziale Dienste Unterföhring e. V. um einen freiwilligen Zuschuss in Höhe von 1,25 € je Unterföhringer Bürger. Der erneute Antrag wurde mit der Sitzungseinladung an die Mitglieder des Gemeinderates übermittelt. Der Wirtschaftsplan 2015 liegt der Finanzverwaltung vor und ist jederzeit einsehbar.

Der Erste Bürgermeister erinnert an die vorhergehenden Anträge vom 26.03.2012 und 02.09.2013, die mit Gemeinderatsbeschlüssen vom 19.04.2012, Nr. 765 und vom 14.11.2013, Nrn. 1053 und 1054, abgelehnt wurden.

Die damaligen Abstimmungen erfolgten ohne Gemeinderatsmitglied Herrn Dr. Ernstberger wegen persönlicher Beteiligung. Die damaligen Gemeinderatsbeschlüsse sind den Mitgliedern des Gemeinderates vorab übermittelt worden.

Der Förderverein legt im neuen Zuschussantrag das Leistungsprogramm des Vereins detailliert dar. Die zuschusswürdigen Betreuungsleistungen stehen allen Gemeindebürgern offen. Hierbei wird gesondert auf die Hilfen in Form von Hausbesuchen, Essensversorgungen, Fahrangeboten, Begleit- und Besuchsdiensten verwiesen. Ebenfalls stellt der Verein die Tätigkeit für Trauercafés, Kurzausflüge mit gezielter Betreuung, diverse Fachberatungen und Kummerkasten heraus.

Diese Leistungen werden neben den ehrenamtlichen Mitarbeitern/innen mit zwei Bürokräften (auf 450 Euro-Basis) erledigt.

Die bisherige komplette Finanzierung erfolgt über Spenden und Mitgliedsbeiträge.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Verein alle bisher überlassenen Räumlichkeiten der Gemeinde unentgeltlich erhält.

Frau Gemeinderätin Schödl berichtet, dass sie sich den zur Einsicht vorliegenden Wirtschaftsplan in der Finanzabteilung angeschaut und festgestellt habe, dass dieser bezüglich der Einnahmen und Ausgaben unvollständig wirke und daher wenig aussagekräftig sei. Eine Entscheidung über die Gewährung eines jährlichen Zuschusses sei mit den vorgelegten Informationen nicht zu treffen.

Die SPD-Fraktion stellt daraufhin den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen und den Förderverein Soziale Dienste e.V. zu bitten, einen überarbeiteten und umfassenderen Wirtschaftsplan vorzulegen.

121 23 Beschluss: 21 : 2

Der Tagesordnungspunkt wird in der heutigen Sitzung nicht behandelt Der Förderverein Soziale Dienste e.V. soll zur Entscheidung über den Antrag

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

einen überarbeiteten Wirtschaftsplan vorlegen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Dr. Ernstberger hat wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Bayerische Gemeindeordnung) an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Az.: 4031

2.1

Antrag der Musikschule Unterföhring e. V. auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Vereinsjubiläum

Der Erste Bürgermeister berichtet, dass die Musikschule Unterföhring e. V. im Bürgerhaus mit Schreiben vom 29.10.2014 einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses zum 25-jährigen Jubiläum an die Gemeinde gestellt hat.

Hierzu wird an den Gemeinderatsbeschluss vom 15.01.2009, Nr. 157, erinnert, mit dem festgelegt wurde, dass die örtlichen Vereine und Organisationen nur bei den klassischen Jubiläen von 25, 50, 75, 100 Jahre usw. finanziell unterstützt werden.

Der Antrag der Musikschule Unterföhring e. V. vom 29.10.2014 mit der Kostenaufstellung wurde den Mitgliedern des Gemeinderats zugestellt.

Die Verwaltung schlägt einen einmaligen Zuschuss von 5.000 € vor.

122 22 Beschluss: 22 : 0

Der Musikschule Unterföhring e. V. wird anlässlich des 25-jährigen Jubiläums im Jahr 2014 ein einmaliger Zuschuss von 5.000 € gewährt. Sollte bei der Ausrichtung des 25-jährigen Jubiläums ein Defizit entstehen, wird zum Ausgleich dieses Defizits ein weiterer Zuschussbetrag bis maximal 2.000,-- € (nach Rechnungslegung) gewährt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Mecke hat sich wegen persönlicher Beteiligung gemäß Art. 49 Abs. 1 Satz 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler hat den Sitzungssaal verlassen und hat der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Az.:

2.0; 4.1

Auflösung des Trausaals im Rathaus

Der Bürgermeister bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 11.07.2013 (Nr. 1007) in Erinnerung, mit dem ein Raum in der Pfarrvilla zu einem weiteren Trauraum für das Standesamt Unterföhring öffentlich gewidmet

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

wurde.

Mit diesem zweiten Trauraum wurde eine Ergänzung zum Trauzimmer im Rathaus geschaffen, die sehr gut und gerne angenommen wird und auch Paare aus der näheren und fernen Umgebung anlockt. Inzwischen finden im Trauzimmer im Rathaus kaum noch Trauungen statt, da die attraktivere Alternative in der Pfarrvilla trotz der fälligen Zusatzgebühr i.H.v. 100,00 € von den Paaren vorgezogen wird.

Da das Trauzimmer im Rathaus kaum mehr Zuspruch findet, schlägt die Verwaltung vor, diesen Raum künftig nicht mehr als weiteren Trauraum vorzuhalten, sondern als dringend benötigte Bürofläche zu nutzen.

Mit einer Umnutzung des Trauzimmers im Rathaus wäre der Trauraum in der Pfarrvilla der einzige für diesen Zweck gewidmete Trauraum der Gemeinde Unterföhring. Als Folge hieraus dürfte die Gemeinde Unterföhring für die Nutzung des Trauraums in der Pfarrvilla keine Zusatzgebühr mehr verlangen, da mindestens ein, für diesen Zweck, gewidmeter Trauraum kostenfrei zur Verfügung zu stellen ist.

Um diesem Umstand Rechnung zu tragen schlägt die Verwaltung vor, die Anwendung der derzeit gültigen, mit Beschluss vom 12.09.2013 (Nr. 1026) erlassenen, „Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Trauräume in der Pfarrvilla“ bis auf weiteres auszusetzen.

Damit würde dem allgemeinen Grundsatz der Verpflichtung zur Vorhaltung eines kostenlosen Trauraums Rechnung getragen werden und gleichzeitig die Möglichkeit bestehen, die Wirkung und Anwendung der Satzung wieder aufleben zu lassen, sollte wieder ein zweiter Trauraum eingerichtet und zur Verfügung stehen.

123 23 Beschluss: 23 : 0

Der Gemeinderat folgt dem Vorschlag der Verwaltung und widerruft die bisher bestehende Widmung des Raumes im Erdgeschoss des Rathauses, Zimmer Nr. 008, zum Trauzimmer. Die Trauungen im Standesamt Unterföhring finden bis auf weiteres ausschließlich im Trauraum der Pfarrvilla statt.

Die Anwendung der mit Beschluss vom 12.09.2013 (Nr. 1026) erlassenen „Satzung zur Erhebung von Gebühren für die Nutzung der Trauräume in der Pfarrvilla“ wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres ausgesetzt. Die bisher fällige Zusatzgebühr bei der Nutzung des Trauraums in der Pfarrvilla wird nicht mehr erhoben. Diese Änderung ist entsprechend amtlich bekanntzumachen.

Das bisherige Trauzimmer im Rathaus steht der Verwaltung künftig für die Nutzung als Bürofläche zur Verfügung.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Prieler ist wieder zurückgekehrt und hat an der Beratung und Beschlussfassung teilgenommen.

Das Gemeinderatsmitglied Herr Klietsch hat den Sitzungssaal verlassen und hat der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Az.: 1101

1, 3, 2, 0

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Bekanntgaben und Anfragen

Bekanntgaben:

- Bei der Bürgerversammlung am 22.10.2014 wurden zwei Bürgeranträge gestellt. Einer wurde im Vorfeld zurückgezogen (kostenlose Ortsnachrichten) der andere (Reduzierung der Grundsteuer) wurde von der Bürger-versammlung abgelehnt. Damit war kein Bürgerantrag dem Gemeinderat zur Behandlung vorzulegen. In der nächsten Gemeinderatssitzung wird die abschließende Behandlung der Bürgerversammlung 2014 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Im Rahmen der Bürgerversammlung am 22.10.2014 wurde Frau Birgit Kullmann die Bürgermedaille der Gemeinde Unterföhring verliehen. Mit Schreiben vom 27.10.2014 bedankt sich Frau Kullmann hierfür außerordentlich. Das Schreiben wird verlesen.
- In der Gemeinderatssitzung am 11.09.2014 wurde bekannt gegeben, dass die Trauerweide am Eingang des Parkfriedhofes gefällt werden muss, da ihre Verkehrssicherheit nicht mehr gegeben war (Gutachten Ing.Büro Kunze). Vom Gartenbauverein Unterföhring wurde der Antrag gestellt, an der Stelle eine „Friedenslinde“ zu pflanzen, die an den Beginn des Ersten Weltkrieges erinnern soll. Da ein möglichst großer Baum gepflanzt werden sollte, wurde beschlossen, die Spezialfirma Opitz zu beauftragen, eine Linde am Sportzentrum zu verpflanzen. Der Baum hat einen Stammumfang von knapp 70 cm und eine Höhe von ca. 8 m. Die Fällung der Weide wurde am 12. November 2014 durchgeführt. Ein ca. 5 m langer Teil des Baumes wurde von der Firma Opitz in die Gaußstraße gebracht und soll von einem Künstler (öffentliche Ausschreibung für einen Wettbewerb) bearbeitet werden um ein Denkmal für die zukünftige Baumbestattung zu schaffen. Am 13. November 2014 wurde die neue „Friedenslinde“ am Sportzentrum ausgegraben und am Eingang des Parkfriedhofes am Standort der gefällten Trauerweide wieder gepflanzt.
- Der Vorsitzende berichtet von der Unwetterkatastrophe in Italien, die auch die Partnergemeinde Tarcento getroffen hat. Nach einem Telefonat mit seinem Amtskollegen aus Tarcento, Herrn Cossa, teilt der erste Bürgermeister mit, dass die Lage zwar angespannt sei, aber derzeit kein konkreter Bedarf an Hilfsleistungen bestehe. Herr Cossa bedankte sich aber ausdrücklich für die Anteilnahme und das Angebot der Gemeinde Unterföhring, unterstützend zur Seite zu stehen. Der Vorsitzende wies abschließend darauf hin, dass eine finanzielle Unterstützung der Gemeinde Unterföhring erst dann kommunalrechtlich möglich ist, wenn eine entsprechende Anfrage der Partnergemeinde bzw. der Region ausgesprochen wird.

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Anfragen:

- Frau Gemeinderätin Schödl fragt an, ob hinsichtlich der in der Seniorenbeiratssatzung festgesetzten Entschädigung Vergleichszahlen aus anderen Kommunen eingeholt worden seien. Der Vorsitzende erläutert, dass ein solcher Vergleich in der Sache nicht viel bringe, da die örtlichen Verhältnisse aufgrund unterschiedlicher Angebote und Aufgaben schon nicht vergleichbar seien.
- Frau Gemeinderätin Schödl fragt an, warum die Einladung zum anstehenden Wirtschaftsgespräch vom persönlichen Referenten und nicht vom ersten Bürgermeister unterschrieben wurde. Der Vorsitzende erläuterte, dass der persönliche Referent unter anderem für das Thema Wirtschaftsförderung zuständig und damit der Ansprechpartner der örtlichen Betriebe sei. Zudem sei die Frage, wer die Einladung zum Wirtschaftsgespräch unterschreibt, kaum für den Erfolg der Veranstaltung relevant.
- Herr Gemeinderat Mecke fragt an, ob für die ausgeschriebene Stelle des Klimamanagers Bewerbungen vorliegen und für welchen Zeitraum die Einstellungen vorgesehen ist. Herr Bauamtsleiter Kapfenberger erläutert, dass bereits Bewerbungen eingegangen seien. Die Einstellung ist zunächst befristet für die Dauer von 3 Jahren vorgesehen.
- Herr Gemeinderat Mecke fragt an, wie der aktuelle Stand bei der geplanten Asylbewerberunterkunft in Unterföhring ist. Der Vorsitzende teilt mit, dass die Vorgespräche zwischen den beteiligten Stellen soweit abgeschlossen sind und das Projekt derzeit bei der Regierung von Oberbayern zur Prüfung und Freigabe vorliegt.
- Herr Gemeinderat Kirnberger fragt an, warum am 29.10.2014 -wie auf der Homepage der Gemeinde zu lesen war- die Bahnhofstraße für den Verkehr geöffnet wurde. Der Vorsitzende erläuterte, dass aufgrund einer Baumaßnahme der Allianz, bei der oberhalb der Dieselstraße eine Verbindungsbrücke zwischen zwei Gebäudeteilen eingehängt wurde, die Durchfahrt der Dieselstraße für den 28.10. und 29.10.14 gesperrt war. Aufgrund des unvorhergesehenen Streiks bei der Deutschen Bahn ab dem 29.10.14, der das Verkehrsaufkommen im Gewerbegebiet zusätzlich erhöht hat, musste zur Entlastung der verkehrlichen Situation für den zweiten Tag der Baumaßnahme und den ersten Streiktag diese Maßnahme getroffen werden. Ab dem 30.10.2014 war die Durchfahrt der Dieselstraße wieder möglich und damit die Notmaßnahme „Öffnung Bahnhofstraße“ trotz Fortbestehen des Streiks nicht mehr erforderlich.
- Herr Gemeinderat Kirnberger fragt an, welche Baumaßnahmen derzeit noch an der Grundschule trotz Start des Unterrichts

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

durchgeführt werden.

Herr Baumamtsleiter Kapfenberger erläuterte, dass der Betrieb ohne Störungen bereits läuft. Die derzeit noch zu erfolgenden Maßnahmen sind lediglich Mängelbeseitigungsarbeiten und abschließende Gestaltungsarbeiten an der Außenfläche, die ohne Behinderung des Schulbetriebs erfolgen.

Nachdem keine weiteren Anfragen aus der Mitte des Gremiums gestellt werden schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung um 23:12 Uhr und bedankt sich bei den Zuhörern und den Mitgliedern des Gemeinderates.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Lothar Kipp
Schriftführer

07. Sitzung des Gemeinderates vom 13.11.2014

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss
